

# Millionenerbe bekommt Subventionen

Die Stiftung PWG vermietet dank Zuschüssen aus der Zürcher Stadtkasse günstige Wohnungen – auch an Leute, die es gar nicht nötig haben, kritisiert die FDP.



Der vormalige Besitzer profitierte durch den Verkauf an die PWG doppelt: Das Haus an der Hädrichstrasse 12 in Albisrieden. Bild: Google Street View

Die Kurzfassung der Geschichte geht so: Ein Mann verkauft sein geerbtes Haus für mehrere Millionen an eine Stiftung, die sich in Zürich für preisgünstigen Wohnraum einsetzt. Und weil er selbst in der Liegenschaft wohnen bleibt, streicht er nicht nur den Verkaufspreis ein, sondern profitiert obendrein ab sofort von einem reduzierten Mietzins, subventioniert aus der Stadtkasse.

So erzählt es die Stadtzürcher FDP in einer Fraktionserklärung, in der sie diese Geschichte zum Anlass nimmt, an einem Pfeiler der linken Zürcher Wohnpolitik zu rütteln. Es geht um die Stiftung PWG und um die Praxis der Stadt, diese mit Steuergeldern zu unterstützen. Das ist den Freisinnigen schon lange ein Dorn im Auge.

## Gedacht, um langjährige Mieter zu schützen

Die PWG erhält seit vielen Jahren sogenannte Abschreibungsbeiträge, wenn sie eine neue Liegenschaft erwirbt. Der Hintergrund dieser Zuschüsse: Um auf dem Zürcher Immobilienmarkt den Zuschlag für eine Liegenschaft zu bekommen, muss die Stiftung oft Preise bezahlen, die sie später über die Mietzinsen nicht mehr hereinholen kann. Sie müsste die Zinsen sonst so stark erhöhen, dass sie langjährige Mieter vertreiben würde. Die Stiftungsziele wären damit Makulatur. Deshalb schiesst die Stadt Geld ein – um die Mieten für die bisherigen Hausbewohner tief zu halten.

Im aktuellen Fall hat sie mit 900 000 Franken ausgeholfen, damit die PWG, die auch günstigen Raum für Kleinunternehmen bereitstellt, ein Gewerbehause an der Hädrichstrasse in Albisrieden kaufen konnte. Im Gebäude befindet sich neben Gewerbelokalen nur eine einzige Wohnung, und in dieser wohnt der bisherige Hauseigentümer. Dass ausgerechnet dieser nun von einer Mietzinsvergünstigung profitiert, lässt für die FDP nur einen Schluss zu: Bei der Stadt überprüfe offensichtlich niemand, ob die Mieter in neu erworbenen PWG-Häusern solche Vergünstigungen überhaupt nötig hätten. Das sei keine soziale Politik.

## PWG spricht von notwendigem Kompromiss

Von Marius Huber

### Stichworte

[Wohnen](#)

[FDP](#)

### Artikel zum Thema

#### Den Fall Hedy Schlatter gibt es in Zürich 42-mal



Eine ganze Reihe von Personen sind in der Stadt angemeldet, zahlen ihre Steuern aber anderswo. Trotzdem geht die Rechnung für Zürich auf. [Mehr...](#)

Von Jürg Rohrer 20.05.2014

#### «Stadt hätte Häuser an der Weststrasse kaufen müssen»

Zürich hat es verpasst, an der Weststrasse günstigen Wohnraum zu schaffen. Jetzt profitieren von der neuen Verkehrsführung an der Weststrasse die Hausbesitzer massiv. Was geschieht mit dem Profit? [Mehr...](#)

Von Edgar Schuler 11.02.2011

#### Drei Steuermillionen für billigere Wohnungen

Die PWG hat im letzten Jahr zehn Häuser erstanden. Erstmals nutzte sie einen Zustupf der Stadt, um die Wohnungen zu verbilligen. [Mehr...](#)

Von Beat Metzler 10.01.2011

### Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@tagesanzeiger folgen](#)

Kornel Ringli, der bei der PWG für Hauskäufe zuständig ist, bestätigt auf Anfrage zwar den Sachverhalt, bewertet ihn aber anders. Der bisherige Eigentümer, der zuvor zum Nulltarif in seiner Wohnung gelebt habe, zahle nun den PWG-Durchschnittszins von 210 Franken pro Quadratmeter und Jahr. Bei 80 Quadratmetern wären das 1400 Franken im Monat – dies nur als Rechenbeispiel. Ohne die Abschreibungsbeiträge der Stadt müsste die Miete laut Ringli 15 Prozent höher liegen, im Rechenbeispiel wären das 1609 Franken.

Dass der bisherige Eigentümer vergünstigte Mietkonditionen erhalte, obwohl er sich auch den höheren Ansatz ohne städtischen Zuschuss leisten könnte, sei ein Teil jenes Verhandlungspakets gewesen, ohne das der Verkauf nicht zustande gekommen wäre. Solche Kompromisse müsse die PWG immer wieder eingehen, wenn auch «ein wenig zähneknirschend». Das sei vielleicht nicht gerecht, aber vollumfängliche Gerechtigkeit gebe es bei diesem System nicht. Zudem komme es nur selten vor, dass der Verkäufer einer Liegenschaft selbst darin wohne wie an der Hädrichstrasse.

### **FDP will der PWG die Gelder streichen**

FDP-Gemeinderat Severin Pflüger, der Urheber der Fraktionserklärung, bezweifelt dies. Er habe über den Hauseigentümerverband von mehreren ähnlichen Geschichten erfahren. Die PWG müsste sich seiner Ansicht nach in solchen Fällen beschränken, statt Kompromisse einzugehen. «Es ist nicht zwingend, dass sie immer kauft.» Die FDP hat bereits angekündigt, wie sie die Stiftung zu disziplinieren gedenkt: In der nächsten Budgetdebatte will sie bei den Abschreibungsbeiträgen der Stadt den Rotstift ansetzen. Aktuell stehen maximal 5 Millionen Franken pro Jahr zur Verfügung. Laut Pflüger würde man diese am besten komplett streichen.

Kuno Gurtner, Departementssekretär im Finanzdepartement der Stadt Zürich, versichert, dass die Anträge der PWG jeweils genau geprüft würden, bevor Geld fliesse. Ein Fall wie jener an der Hädrichstrasse wirke auf den ersten Blick vielleicht störend. Man müsse sich aber auch fragen, ob der Erhalt günstiger Wohn- und Gewerberäume diesen Preis nicht wert sei. (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

(Erstellt: 03.07.2014, 15:50 Uhr)

---

MARKTPLATZ



Adosala  
[adosala.ch](http://adosala.ch)



MONSIEUR DIAZ  
[www.monsieurdiaz.ch](http://www.monsieurdiaz.ch)